

Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik

c/o Andreas Foitzik
Hinterweilerstr. 51, 72810 Gomaringen
0151-15381837
info@aufruf-gegen-abschiebung.de
www.aufruf-gegen-abschiebung.de

Landespressekonferenz am 3. Februar 2012

Statement des Sprechers des Netzwerkes Andreas Foitzik (Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem 1. Februar haben wir unsere Kampagne Pädagog/innen gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo nun öffentlich gestartet.

Dies ist ein Aufruf, in dem wir uns als Pädagog/innen zu Wort melden, als Pädago/innen, die in den unterschiedlichen Handlungsfeldern mit diesem Thema konfrontiert sein können: in der Schule, im Kindergarten, im Jugendhaus, in der Wohngruppe, in der Beratungsstelle. Wir haben an diesen Stellen Verantwortung und auch eine Fürsorgepflicht für die uns anvertrauten Kinder und Jugendliche. Wir bieten ihnen eine Beziehung an.

Und aus dieser Verantwortung und aus dieser professionellen Beziehung heraus sagen wir mit dem Aufruf: „Wir lassen uns, *unsere* Kinder nicht wegnehmen!“ Sie gehören hier her, sind lange ein Teil dieser Gesellschaft.

Dass wir mit dieser Position vielen Kolleg/innen aus dem Herzen sprechen, zeigt uns die überwältigende Zustimmung, die wir in den letzten Wochen bekommen haben, als wir ErstunterzeichnerInnen angefragt haben.

200 Einzelpersonen und Organisationen haben unterzeichnet, viele haben sich ausdrücklich für diese Initiative bedankt. Darunter über 100 Professor/innen und Sozialwissenschaftler/innen aus dem Bereich der Pädagogik und angrenzenden Feldern: darunter die wichtigsten VertreterInnen der Migrationspädagogik und Migrationsforschung wie Prof. Ingrid Gogolin, Prof. Klaus J. Bade, Prof. Werner Schiffauer, Prof. Paul Mecheril und viele andere Persönlichkeiten aus dem Bereich der Erziehungswissenschaft, wie Prof. Hans Thiersch, Prof. Franz Hamburger oder Prof. Micha Brumlik. Vertreter/innen

wichtiger Verbände und Einrichtungen, wie der verdi Bundesvorsitzende Frank Bsirske, die verdi-Landes-Vorsitzende Leni Breymaier, der GEW-Bundesvorsitzende Ulrich Thöne, und die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz, Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma, Sanem Kleff, Vorsitzende des Vorstands von Aktion Courage e.V. oder Barbara Lochbihler, Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte im Europaparlament, sowie die Kirchenbeauftragten für Migration und auch bereits 20 Verbände und Einrichtungen, wie der Rat für Migration, der Deutsche Bundesjugendring, Berufsverbände, aber auch einzelne Einrichtungen. Ausgewählte Statements der Erstunterzeichnerinnen finden Sie auch in Ihrer Pressemappe.

Wir erhoffen uns nun in den nächsten Wochen eine große Unterstützung vor allem hier in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit. Allein an den ersten beiden Tagen haben bereits 500 Personen unterzeichnet.

Was sind die Hintergründe dieses Aufrufs?

1. Wir haben in einer internen Tagung des Netzwerkes rassismuskritische Migrationspädagogik zum Thema Antiziganismus die Frage gestellt, wie es sein kann, dass die Gruppe der Roma beinahe ungebrochen durch die Geschichte als Minderheit ausgegrenzt wird. Wie es sein kann, dass es in Deutschland heute - trotz der offiziellen Anerkennung der Roma als eine der großen Opfergruppen des Holocaust - möglich ist, die systematische Abschiebung von über 10.000 Roma zu planen und durchzuführen. Ich kann im Rahmen dieser Pressekonferenz leider nicht näher auf historische und soziologische Erklärungen eingehen und verweise auf den Text von Astrid Messerschmidt auf unserer Homepage. Ein Ergebnis dieses Seminars war jedenfalls der Beschluss, mit diesem Aufruf hier ein deutliches Zeichen zu setzen.

2. Ein zweiter Hintergrund für diesen Aufruf war die Erfahrung mit einer Abschiebung einer langzeitgeduldeten Ashkali-Familie aus dem Kosovo aus dem Jahr 2003. Elvira und Edvin Avdijaj sitzen heute hier neben uns. Damals war es für sie, als 12 und 14 jährige eine traumatische Erfahrung, mit der Abschiebeandrohung plötzlich aus dem gewohnten Leben gerissen zu werden. Dank des mutigen Eingreifens der Lehrer/innen, eine davon ist ebenfalls heute hier anwesend, konnte die Abschiebung trotz heftiger Proteste des ganzen Dorfes zwar nicht verhindert, aber immerhin um ein halbes Jahr hinausgezögert werden. Diese Zeit genügte dann auch, dass ein Unterstützerkreis entstand und der Familie bei der Ausreise unter die Arme greifen konnte.

Die Familie konnte sich im Kosovo ein Haus bauen und wurde finanziell weiterhin unterstützt, einmal im Jahr konnten die Kinder ihre Freund/innen in Gomaringen besuchen. Die Kinder haben dann einen ungeheuren Bildungsehrgeiz entwickelt, wohl wissend, dass sie sonst nicht mehr in ihre Heimat Gomaringen zurückkehren können. Seit September studieren sie in Sigmaringen. Mehr dazu gerne später.

Was für uns daran wichtig war, war die Erfahrung, wie wichtig es ist, dass pädagogische Bezugspersonen in dieser Situation nicht gleichgültig sind, sondern sich eindeutig und entschieden an die Seite der Kinder stellen. Diese Erfahrung mildert zumindest das Trauma.

Im Übrigen ist dies auch eine Verantwortung gegenüber den anderen uns anvertrauten Kindern.

Aus diesen beiden Hintergründen haben wir in unserem Aufruf zwei Forderungen in den Mittelpunkt gestellt.

1. Aus einer historischen Perspektive und Verantwortung lehnen wir die Abschiebung von Roma ab.
2. Aus einer pädagogischen Perspektive fordern wir ein dauerhaftes Bleiberecht für langezeitgeduldete Familien.

Diese beiden Forderungen sind auch völlig unabhängig von dem, was die Delegation des Petitionsausschusses aus dem Kosovo berichten wird. Wir wissen um die faktische Diskriminierung von Roma und Ashkali im Kosovo, auch die Familie Avdijaj wäre ohne die Unterstützung wohl im Elend gelandet. Wir berauben die Kinder jeder Bildungschance. Wir wissen aber vor allem, wie schwer es für Kinder ist, die hier aufgewachsen werden, im Land der Eltern, das sie nicht kennen, Fuß zu fassen. Wir wissen von vielen Fällen, die im Kosovo nicht mehr richtig ankommen. Es ist nicht ihr Land. Sie haben dort keine Perspektive.

Im Kern geht es uns aber um etwas anderes. Kinder und Jugendliche, die fast ihr komplettes Leben hier verbracht haben, sind Teil dieser Gesellschaft. Hier wird sich auch zeigen, ob Deutschland ernst macht mit der durch das neue Staatsangehörigkeitsrecht eingeläuteten Abkehr vom Blutsrecht zu einer republikanischen Auffassung.

In unseren Schulklassen, in den Wohngruppen im Alltag der Jugendlichen ist diese Trennung oft bedeutungslos. Dies darf die Politik nicht kaputt machen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum Schluss. Wenn wir im Aufruf auf diese enge Gruppe der langzeitgeduldeten Roma und hier auf die Kinder und Jugendlichen sprechen, greifen wir eine Gruppe besonders heraus. Unsere historische Argumentation gilt so natürlich auch für Roma, die nicht seit vielen Jahren hier leben. Unsere pädagogische Argumentation für alle Kinder und Jugendlichen, mit denen wir über einen längeren Zeitraum arbeiten.

Die baden-württembergische Landesregierung hat die Abschiebungen vorübergehend ausgesetzt. Nun steht eine endgültige Entscheidung an, die auch über die Landesgrenzen Signalwirkung haben dürfte.

Daher zum Ende noch einmal unsere Forderung:

Wir fordern die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, die geplanten Abschiebungen endgültig zu stoppen und für diese Kinder und Jugendlichen und ihre Familien eine großzügige und langfristig gesicherte Bleiberechtsregelung zu schaffen. Alle anderen Landesregierungen fordern wir auf, sich diesem Beispiel anzuschließen.